

**Einwohnerfragestunde in der
43. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 06. Dezember 2023**

Themenübersicht

Gemäß Anlage 1 - Richtlinie zur Regelung der Einwohnerfragestunde in der Stadtverordnetenversammlung - der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 04. März 2021, hat der Hauptausschuss in seiner Sitzung am **29. November 2023** die eingereichten Fragen geprüft und für die Einwohnerfragestunde zugelassen:

Die für die Einwohnerfragestunde eingereichten Fragen betreffen folgende Themen:

- städtische Spielplätze
- Trampelpfad vor dem Haupteingang Neuer Garten
- Radwegebau
- Barrierefreie Fußgängerwege

Beschlossene Anträge der SVV 08.11.2023

TOP in SVV	DS-Nr.	Antragsteller	Vorlage	Beschlussart	Federführender GB	Finanzielle Auswirkungen, die nicht im Haushaltsplan enthalten sind		
						Ergebnisplan	Stellenplan	Investitions- plan
8.4	23/SVV/096 9	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Grüne Welle für Radfahrende und Tempo 30 in der Breite Straße sofort umsetzen	Ungeändert beschlossen	GB 4 / 47	keine		keine
9.2	23/SVV/113 8	Fraktion SPD	Fortsetzung der Planungen zum Wohnungsbau Pirschheide	Geändert beschlossen	GB 4 / 41	keine	Kein zusätzlicher Personalauf wand für Prüfauftrag	keine
9.4	23/SVV/112 3	Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsd am	Bürgerinformationsver anstaltung zur Sanierung und geplantem Umbau des Baudenkmals ehemaliges Viktoria- Garten-Restaurant bzw. Lichtspieltheater Charlott	Geändert beschlossen	GB 4 / 44	keine (ggf. Kosten für Raummiete, externe Moderation etc.)		
9.9	23/SVV/109 4	Fraktion DIE LINKE	Sanierung Park am Pfungstberg	Ungeändert beschlossen	GB 4 / 41	keine	keine	keine
9.13	23/SVV/112 1	Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsd am	Flächen des rbb für Potsdam	Geändert beschlossen	GB 4 / 402			Prüfung, wie die LHP sich an einem offenen Wettbewerbsver fahren beteiligen kann und wie die finanziellen

								Voraussetzungen für solche Gebote kurzfristig geschaffen werden können, hat keine finanzielle Auswirkung.
9.14	23/SVV/1129	Fraktion CDU	Digitale Servicequalität in der Landeshauptstadt Potsdam erhöhen	Ungeändert beschlossen	GB 5	keine	keine	keine
9.34	23/SVV/1124	Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam	Erweiterung Standortnetz von Defibrillatoren	Ungeändert beschlossen	GB 2			
9.35	23/SVV/1127	Fraktion CDU	Park & Ride Parkplatz Golm dem Bedarf anpassen	Ungeändert beschlossen	GB 4 / 47	keine		keine
9.39	23/SVV/1154	Fraktionen	Fraktionsfinanzierung - Abrechnungsschluss auf Ende der Wahlperiode verlagert	Ungeändert beschlossen	GB 5	keine	keine	keine
9.1.1	23/SVV/1206	Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam	Fortzahlung Wohngeld bei Weiterleistungsanträgen	Geändert beschlossen	GB 3 / 39	0	0	0

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Einrichtung eines Haltestreifens vor der Oberlinschule in Babelsberg

Drucksache Nr.: 23/SVV/1290

TOP: 7.2

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

zulässig

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

-

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

siehe Antwort unter 4.

4. Inhaltliche Einordnung

Es wird auf die Drucksache Nr.: 23/SVV/0175 verwiesen. Dazu wird unter TOP 11.4 eine Mitteilungsvorlage seitens der Verwaltung eingebracht. Sowohl die straßenbauliche als auch die verkehrsorganisatorische Situation ermöglicht vor Ort eine sichere Verkehrsabwicklung. Verkehrsorganisatorisch kann u.E. keine weitere Vorsorge getroffen werden. Der gewünschte Haltestreifen (Zeichen 286, Mo-Fr 7-16h) und darüber hinaus auch drei Behindertenstellplätze sind in der Straße Alt Nowawes vorhanden.

01.12.23

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Uferweg am Griebnitzsee: weiteres Vorgehen

Drucksache Nr.: 23/SVV/1282

TOP: 7.3

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Der Beschluss kann so zulässig gefasst werden. Sämtliche Punkte des Antrags unterliegen der Beschlusshoheit der Stadtverordnetenversammlung.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Mittel für die Fortführung des Bebauungsplans Nr. 174 „Griebnitzsee-Ufer“ sind im Haushaltsplan auch weiterhin vorgesehen.

Mittel für die Herstellung von Grünflächen am Griebnitzsee sind im aktuellen Haushalt nicht vorgesehen. Haushaltsreste mit dieser Zweckbestimmung bestehen nicht mehr.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Eine Parallelität zwischen frühzeitiger Beteiligung und Durchführung eines Gestaltungswettbewerbs kann gewährleistet werden, wenn zeitnah die entsprechenden Mittel für den Wettbewerb bereit gestellt werden.

4. Inhaltliche Einordnung

Die AG Uferweg am Griebnitzsee hat verschiedene Szenarien zum weiteren Verfahren zum Griebnitzseeufer erörtert. Eine der Haltungen, die sich in der AG entwickelt haben, spiegelt sich in dem vorliegenden Antrag wieder.

28.11.2023

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Sportplatz Kirschallee – Vereinsleben stärken

Drucksache Nr.: 23/SVV/1284

TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Der Antrag ist rechtlich zulässig.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Der Planung zur Umgestaltung des Sportplatzes wurde entsprechend den Anforderungen des Fachbereichs Bildung und Sport und im Rahmen der technischen und finanziellen Möglichkeiten entwickelt. Die nunmehr gewünschten zusätzlichen Maßnahmen sind im Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) bzw. im Wirtschaftsplan des Kommunalen Immobilien Service (KIS) bisher nicht berücksichtigt. Allein die gewünschte Erschließung mit Trinkwasser und Abwasser würde Mehrkosten i.H.v. ca. 40 T€ verursachen.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Umgestaltung des Sportplatzes wurde bereits in Auftrag gegeben und wird im Frühjahr 2024 beginnen. Die umfassende Berücksichtigung der vorgeschlagenen Maßnahmen würde eine Überarbeitung der Planung erforderlich machen und damit zu erheblichen Verzögerungen im bisher vertraglich vereinbarten Zeitablauf und somit auch zu weiteren Mehrkosten durch die Verzögerung im Bauablauf führen.

4. Inhaltliche Einordnung

Nach einer ersten Abstimmung mit dem Verein über die gewünschten zusätzlichen Maßnahmen wurde einvernehmlich vereinbart, dass der KIS prüft, die bisher geplanten kleinen Lagercontainer durch größere Container zu ersetzen. Weiterhin prüft der KIS in Absprache mit dem Verein die Qualifizierung der Ausstattung einer bisher geplanten, befestigten Fläche als Aufenthaltsbereich für Vereinsveranstaltungen. Zudem prüft der KIS die Errichtung von zwei WCs mit Gartenwasseranschluss an der Grenze zur benachbarten Gemeinschaftsunterkunft. Bei den Prüfungen wird berücksichtigt, dass die beauftragten Leistungen planmäßig und mit möglichst geringen Beeinträchtigungen durchgeführt werden können. Sobald die Prüfergebnisse vorliegen, beabsichtigen der Verein und LHP, eine Finanzierungslösung unter Beteiligung des Vereins zu finden.



Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Schulplanungen gemeinsam angehen

Drucksache Nr.: 23/SVV/1297

TOP: 7.5

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Gemäß §102 Abs. 4 Bbg SchulG ist durch den Träger der Schulentwicklungsplanung (LHP) mit den von der Planung Betroffenen Landkreisen und kreisfreien Städten Benehmen herzustellen. Dies findet regelmäßig im Rahmen der Erarbeitung einer neuen Schulentwicklungsplanung statt.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Es bestehen keine finanziellen Auswirkungen.
Durch gemeinsame Schulbauprojekte mit anderen Landkreisen und kreisfreien Städten wird Einsparpotential erwartet.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Gemäß §102 Abs. 4 Bbg SchulG findet bereits eine Abstimmung zur SEP mit umliegenden Landkreisen und kreisfreien Städten statt. Dazu gibt es bereits Arbeitsgruppen, welche sich zu den jeweiligen Planungen unterrichten und verständigen, u.a. auch im Rahmen der Benehmensherstellung.
Darüber hinaus wäre denkbar, analog zum gemeinsamen Hauptausschuss, einen gemeinsamen Bildungsausschuss mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark zu vereinbaren, um die Gespräche zum Thema Schulentwicklungsplanung dort fortzusetzen und das weitere Vorgehen zu besprechen.



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Aufnahme in den Straßennamenspool: Michael Panser

Drucksache Nr.: 23/SVV/1263

TOP: 7.6

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Die Aufnahme des Namens Michael Panser in den Straßennamenspool ist in Deutschland seit 1993 mit Betätigungsverbot belegt; seit 2002 wird sie auf der EU-Terrorliste geführt. Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 28. Oktober 2010 wird die PKK in Deutschland als terroristische Vereinigung im Ausland eingestuft. Nach Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz instrumentalisiert die PKK den Tod gefallener Kämpfer für ihre Zwecke, u.a. zur Rekrutierung neuer Unterstützer. Die Aufnahme des Namens Michael Panser steht damit weder im Einklang mit den Grundwerten der Landeshauptstadt Potsdam noch mit den die Sache betreffenden Positionen des Verfassungsschutzes (vgl.: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/auslandsbezogener-extremismus/rekrutierung-von-kaempfern-fuer-die-pkk-in-deutschland.html>; letzter Aufruf 28.11.2023; Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2021, Land Brandenburg/ MIK, S. 243-249.)

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

 29.11.23

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Ankauf des Grundstücks des ESV Lok Potsdam von der BIMA

Drucksache Nr.: 23/SVV/1276

TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Der Antrag ist rechtlich zulässig.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Der Ankauf dieses Grundstücks ist in der derzeitigen Haushaltsplanung nicht enthalten. Über die Investitionsmaßnahme 1016000120001 zum Ankauf von Grundstücken könnte dieser Grundstücksankauf finanziert werden, was jedoch nur zu Lasten anderer Ankaufsvorhaben erfolgen kann.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Laut den der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) bisher vorliegenden Informationen beabsichtigt der Bund, das Grundstück aus dem Bestand des Bundeseisenbahnvermögens (BEV) an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zu übertragen. Somit steht die zeitliche Umsetzbarkeit in Abhängigkeit der Entscheidung und Beschlüsse des Bundes.

4. Inhaltliche Einordnung

Das Bundesgrundstück steht derzeit unter der Verwaltung des BEV. Die LHP ist seit längerem sowohl mit dem BEV als auch mit dem zuständigen Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) in Kontakt. Zuletzt hat das BMDV seine Bereitschaft signalisiert, das Grundstück direkt an die LHP zu veräußern, vorbehaltlich entsprechender Berücksichtigung im Bundeshaushalt. Die Auswirkungen dieses Beschlusses sind noch nicht abzuschätzen, aber die Landeshauptstadt Potsdam ist nach wie vor bestrebt, das Grundstück für die Potsdamer Öffentlichkeit und den Sport zu sichern.



Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Elektrisch betriebener Kleinbus für Groß Glienicke

Drucksache Nr.: 23/SVV/1250

TOP: 7.8

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Umsetzung der Maßnahme war nicht Bestandteil der Haushaltsdiskussion. Es wurden dafür keine Mittel eingeplant.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Die ÖPNV-Anbindung von Groß Glienicke ist bereits im Rahmen der Planungen zum Busvorlaufkonzept bearbeitet worden.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Aufwertung des Fortuna-Sportplatzes Am Stern

Drucksache Nr.: 23/SVV/1254

TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Der Antrag ist rechtlich zulässig.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Kosten für eine Studie belaufen sich gegenwärtig auf rund 20.000 EUR. Ergibt sich aus der Studie eine Investitionsmaßnahme, würden die Studienkosten zu 100 % investiv sein. Je nach den Ergebnissen der Studie können die daraus resultierenden Investitionskosten zwischen 500.000 EUR und mehreren Millionen EUR liegen. Diese Kosten sind derzeit weder im Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) noch im Wirtschaftsplan des Kommunalen Immobilien Service (KIS) berücksichtigt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Für die gewünschte Untersuchung ist eine externe Fachplanung zu beauftragen. Sofern die Finanzierung gesichert werden kann, könnte der KIS ein entsprechendes Vergabeverfahren durchführen. Hierfür sollte ein Zeitraum von zwei bis drei Monaten eingeplant werden. Für die anschließende Bearbeitung unter Einbindung des Vereins und der benachbarten Schulen sollten weitere drei Monate veranschlagt werden. Die im Antrag geforderte Berichterstattung bis März 2024 ist daher nicht realistisch.

4. Inhaltliche Einordnung

Der Sportplatz bietet ein bisher ungenutztes Potenzial, insbesondere für den Vereinssport. Neben der Umwandlung des Naturrasenplatzes in einen Kunstrasenplatz wäre die Erschließung bisher ungenutzter bzw. untergenutzter Randbereiche eine Option. Die Öffnung des Platzes für den Breitensport, insbesondere mit einem Kunstrasenplatz, ist gesondert zu prüfen.



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Chiefsache Oberbürgermeister: Verhandlungen mit den Deutschen Bahn AG zum Hinzenberg und dem Weg zum Kinostandort Charlott

Drucksache Nr.: 23/SVV/1275

TOP: 7.10

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

keine rechtliche Einschätzung möglich

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

- a) der Abschluss eines Gestattungsvertrages hat keine direkten finanziellen Auswirkungen
- b) die Kosten für Beleuchtung sind im HH-Plan vorhanden

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

abhängig von den externen Beteiligten

4. Inhaltliche Einordnung

Der Antrag befindet sich bereits in der Umsetzung.

zu a) wurde im KUM-Ausschuss am 19.10.23 berichtet.

zu b) wird auf den Beschluss 23/SVV/1074 verwiesen. Die notwendigen Vereinbarungen wurden getroffen, so dass abhängig von der Materiallieferung und Installation die Umsetzung durch die Stadtbeleuchtung Potsdam GmbH voraussichtlich noch im 1. Quartal 2024 erfolgen kann.

29.11.2023

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Die Untere Denkmalschutzbehörde der Landeshauptstadt Potsdam dem Geschäftsbereich 2, Bildung, Kultur, Jugend und Sport, zuordnen

Drucksache Nr.: 23/SVV/1292

TOP: 7.11

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Gemäß § 61 BbgKVerf regelt der Oberbürgermeister als Hauptverwaltungsbeamter die Aufbau- und Ablauforganisation der Gemeindeverwaltung und die Geschäftsverteilung.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

-

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Eine Umorganisation der Unteren Denkmalschutzbehörde wird nicht als sachgerecht erachtet und ist daher nicht vorgesehen.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Umbenennung der Tram- und Bushaltestelle Rathaus Babelsberg in "Rathaus Babelsberg / Oberlinhaus"

Drucksache Nr.: 23/SVV/1286

TOP: 7.13

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Für die Umsetzung sind keine Haushaltsmittel erforderlich.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Der Verein Oberlinhaus ist neben dem Standort in Babelsberg auch Am Stern und Hermannswerder vertreten. Gegebenenfalls könnte der jeweilige Hinweis in die Ansagen der öffentlichen Verkehrsmittel aufgenommen werden.


Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:

Titel des Antrages:

Erinnerung an die Großdemonstration am 04.11.1989 pflegen

Drucksache Nr.: 23/SVV/1283

TOP: 7.14

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Für eine zusätzliche Beschilderung des Denkmals auf dem Luisenplatz ist eine denkmalrechtliche Genehmigung notwendig.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Eine gedenkkulturelle Praxis zur Erinnerung an die Friedliche Revolution fokussierte sich bislang auf den 10. November in Erinnerung an die Öffnung der Glienicker Brücke. Diese Erinnerung wird seit vielen Jahren zivilgesellschaftlich getragen, insbesondere durch die Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“ und durch das „Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V.“. Die Landeshauptstadt Potsdam fördert aktiv derartiges erinnerungskulturelles Engagement gemäß dem Erinnerungskonzept. Ein vergleichbares bzw. überhaupt vorhandenes zivilgesellschaftliches Engagement für die Pflege der Erinnerung an die Großdemonstration am 04.11.1989 gibt es nicht.

Die Verwaltung wird die Erinnerung an die Großdemonstration am 04.11.1989 im Kontext der Erinnerung an die Friedliche Revolution stellen. Dafür werden Kooperationen (z.B. Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße) angestrebt.

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Einsatz von „Berliner Kissen“ vor Schulen und Kindertageseinrichtungen

Drucksache Nr.: 23/SVV/1288

TOP: 7.15

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es ist eine freiwillige Leistung im Rahmen des laufenden Geschäftes der Verwaltung.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Umsetzung der Maßnahme war nicht Bestandteil der Haushaltsdiskussion. Es sind dafür auch mit Blick auf die mittel- und langfristige Haushaltsplanung keine Mittel eingeplant. Der finanzielle Aufwand pro Aufpflasterung liegt zwischen 18.000 und 30.000 €.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

siehe Antwort unter 4.

4. Inhaltliche Einordnung

Der Einsatz wäre ausschließlich bei unfallauffälligen Standorten sinnvoll und wirtschaftlich zu vertreten. Innerhalb der Verwaltung werden u.a. im Rahmen der Verkehrsunfallkommission immer wieder Schulwege auf ihre Sicherheit geprüft. Sollte in dem Zusammenhang der Einsatz von Berliner Kissen als wirksam festgestellt werden, würde der Baulastträger eine Realisierung in Betracht ziehen. Insofern ist der Antrag über das reguläre Verwaltungshandeln erledigt.

Ein Beschluss zur generellen Prüfung würde auf Grund der Vielzahl von Schulen und Kitas im Stadtgebiet eine nicht zu verantwortende Zahl an Kapazitäten (Zeit und Personal) binden, für eine Maßnahme, die in Gänze nicht finanzierbar ist. Es wird empfohlen den SVV Antrag abzulehnen.



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023	
Titel des Antrages: Hunderauslaufgebiete im Stadtgebiet	
Drucksache Nr.: 23/SVV/1295	TOP: 7.16

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Grundlage für den Leinenzwang für Hunde auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam bildet die Hundehalterverordnung des Landes Brandenburg und die Potsdamer Stadtordnung. Die Schaffung bzw. Einrichtung von Hunderauslaufgebieten ist keine Pflichtaufgabe der Verwaltung und es besteht auch kein Rechtsanspruch. Aus allgemeinen ordnungsrechtlichen Vorschriften heraus ergibt sich keine Auflage zur Schaffung eines Hunderauslaufgebietes seitens der Verwaltung.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Finanzielle Mittel für die Einrichtung (Kauf, Miete Herrichtung von Flächen) von Hunderauslaufgebieten sind in der HH-Planung nicht berücksichtigt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Es wird zum jetzigen Zeitpunkt eingeschätzt, dass im April 2024 ein Prüfergebnis möglich ist.

4. Inhaltliche Einordnung

Eine tierschutzrechtlich unbedenkliche Hundehaltung wird durch den Leinenzwang auch in dicht besiedelten Wohngebieten nicht unmöglich gemacht, da der Leinenzwang nicht für das gesamte Gemarkungsgebiet der Landeshauptstadt Potsdam ausgewiesen ist und damit den Auslauf von Hunden auf den übrigen frei zugänglichen öffentlichen Flächen sowie außerhalb der Ortslage zulässt. Prinzipiell obliegt es jedem Hundehalter bzw. jeder Hundehalterin, seinem Tier die notwendige Bewegung und ausreichende Sozialkontakte zu verschaffen. Dahingehend ist es zumutbar, dafür auch Flächen außerhalb dichter Bebauung auf dem Stadtgebiet und im Umland von Potsdam zu nutzen.

502.StmSV 01.08.22

28.11.2023

i.v.



Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	06.12.2023
Titel des Antrages: Standortprüfung Potsdamer Tafel	
Drucksache Nr.: 23/SVV/1270	TOP: 7.17

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Die Prüfung ist rechtlich möglich.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die für eine bauliche Erweiterung des Standortes der Tafel Potsdam in der Drewitzer Straße ggf. benötigten zusätzlichen finanziellen Mittel sind im Haushalt 2023/2024 nicht eingestellt.

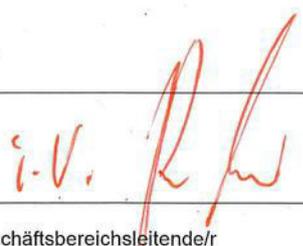
Auch stehen finanzielle Mittel, die für einen temporären Ersatzstandort während Umbaumaßnahmen am Standort Drewitzer Straße erforderlich wären, nicht zur Verfügung.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die zweite Anwohnergemeinschaftsversammlung ist für Ende Februar 2024 geplant. Die Stadtverordnetenversammlung kann in der Sitzung am 24.01.2024 mündlich über die Prüfergebnisse informiert werden. Aufgrund des Umfangs des Prüfauftrags sowie dem erforderlichen zeitlichen Vorlauf ist die Erstellung einer Mitteilungsvorlage bis zur Januarsitzung 2024 der Stadtverordnetenversammlung nicht zu realisieren. Eine Mitteilungsvorlage kann erst zur Stadtverordnetenversammlung am 06.03.2024 vorgelegt werden.

4. Inhaltliche Einordnung

Es laufen bereits seit geraumer Zeit Bemühungen, für das Angebot der Tafel Potsdam e.V. einen geeigneten Standort in der LHP zu finden. Auf Grund des hohen Versorgungsbedarfes muss es Ziel sein, für alle Beteiligten eine zufriedenstellende Lösung zu finden.



Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Zur Haushaltssicherung: Kauf neuer Trams und E-Busse stoppen

Drucksache Nr.: 23/SVV/1277

TOP: 7.18

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

keine

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Siehe Erläuterungen in der Mitteilungsvorlage 22/SVV/1097 "Umsetzung Elektrifizierungsstrategie für die Busflotte der ViP".

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023	
Titel des Antrages: Bearbeitungsdauer von Anträgen zu sozialen Leistungen verkürzen - hier Wohngeld und Bildung und Teilhabe (BuT)	
Drucksache Nr.: 23/SVV/1280	TOP: 7.19

Stellungnahme der Verwaltung

<p>1. Rechtliche Einschätzung</p> <p>Anwendung der Übergangsregelung gemäß § 26 a WoGG Die Zuständigkeit für die Fachaufsicht liegt beim MIL Die Leistungen der BuT sind in dem jeweiligen Leistungsrecht , z.B. SGB II, SGB XII, gesetzlich geregelt.</p>
<p>2. Berücksichtigung im Haushaltsplan</p> <p>WoGG: 14 VZE wurden in 2022/2023 zusätzlich geschaffen und besetzt. 6 VZE für Januar 2024 zur Unterstützungskräfte im Frontoffice der Wohngeldbehörde befinden sich derzeit in der Ausschreibung. BuT: 3,68 VZE sind im Haushalt 2023 zusätzlich geschaffen und aktuell auch besetzt worden. Derzeit laufen bei allen Personalstellen die Einarbeitungen, die bis zum 28.02.2023 abgeschlossen sein werden.</p>
<p>3. Zeitliche Umsetzbarkeit</p> <p>WoGG: Seit dem 14.11.2023 sind Neuregelungen im Potsdamer Modell zur Verwaltungsvereinfachung Wohngeld in Kraft. Ziel ist eine Reduzierung des Rückstaus und der Bearbeitungszeiten bis Ende 1. Quartal 2024. Erste Ergebnisse werden Anfang Januar 2024 vorgestellt. BuT: Ab 01.12.2023 erfolgt in den Arbeitsgruppen eine Optimierung der Ablaufprozesse, sodass erste messbare Auswertungen Anfang Februar 2024 zu erwarten sind.</p>
<p>4. Inhaltliche Einordnung</p> <p>WoGG: Umsetzung der Wohngeldreform BuT: Zeitnahe Bearbeitung von BuT- Antragstellung Mögliche Unterstützungsmöglichkeiten, wie Amtshilfe oder Abordnung von Mitarbeitenden wurden geprüft und veranlasst.</p>

30.11.2023 i.v.

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Optimierung des Straßenverkehrs auf dem Hauptstraßennetz

Drucksache Nr.: 23/SVV/1269

TOP: 7.20

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um behördliches Handeln.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Für die Umsetzung sind keine Haushaltsmittel erforderlich.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Maßnahmen laufen bereits und befinden sich in der ständigen Überwachung.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Wiederherstellung der PKW-Parkplätze Kurfürstenstraße der südlichen Kurfürstenstraße zwischen Nauener Tor und Hans-Thoma-Straße

Drucksache Nr.: 23/SVV/1294

TOP: 7.21

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um behördliches Handeln.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Umsetzung der Maßnahme war nicht Bestandteil der Haushaltsdiskussion.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Die aktuell umgesetzte Maßnahme ist Bestandteil des Radverkehrskonzeptes (M1, Abschnitt 112), welches mit der DS-Nr. 17/SVV/0020 am 03.05.2017 beschlossen wurde. Eine Änderung im Sinne dieses Antrages würde diesem Beschluss widersprechen. Eine Lieferzone ist kurz vor der Kreuzung mit der Hebbelstraße eingerichtet worden.

28.11.2023

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Den Bereich 452, Umwelt und Natur, der Landeshauptstadt Potsdam dem Geschäftsbereich 3, Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, zuordnen

Drucksache Nr.: 23/SVV/1287

TOP: 7.22

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Gemäß § 61 BbgKVerf regelt der Oberbürgermeister als Hauptverwaltungsbeamter die Aufbau- und Ablauforganisation der Gemeindeverwaltung und die Geschäftsverteilung.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

-

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Eine Umorganisation des Bereichs 452 Umwelt und Natur wird nicht als sachgerecht erachtet und ist daher nicht vorgesehen.


Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Erstellung eines aktuellen Baumkatasters für die Landeshauptstadt Potsdam

Drucksache Nr.: 23/SVV/1266

TOP: 7.30

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Im Haushalt sind die Eigenmittel für die Förderprogramme zur Umsetzung des digitalen Baumkatasters eingestellt.

Die erforderlichen Stellen zur Fortführung / Betreuung sind nicht im Stellenplan vorhanden.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Umsetzung ist aufgrund des erheblichen Umfang bis Ende 2026 möglich.

4. Inhaltliche Einordnung

Das Smart City Teilprojekt "Bürgernahes Baumkataster" wurde bereits durch die Stadtverordnetenversammlung als Projekt zur Ertüchtigung des Baumkatasters bestätigt. Der Bewilligungsbescheid wird Anfang 2024 erwartet.

27.11.2023

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Zukunft der großen Garagenkomplexe in der Landeshauptstadt Potsdam: Solidarische Stadtentwicklung für alle.

Drucksache Nr.: 23/SVV/1267

TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Der Antrag ist rechtlich zulässig.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die konkreten Auswirkungen der Umsetzung des Beschlusses auf den Haushalt können derzeit noch nicht beziffert werden. Wenn bestehende Garagenpachtverträge auslaufen, würden sich die jeweiligen Pachteinnahmen dementsprechend verringern. Andererseits sind Einnahmen aus der Vermarktung der Garagengrundstücke für Wohnbauzwecke oder Einsparungen von Investitionsausgaben bei der Erschließung der Garagengrundstücke für kommunale Zwecke zu erwarten.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die angestrebte Überprüfung der bisherigen Verträge und die Berichterstattung bis März 2024 sind möglich. In welchem zeitlichen Ablauf die Garagenstandorte dann entwickelt werden können, ist erst nach Abschluss der Überprüfung zu prognostizieren.

4. Inhaltliche Einordnung

Die Grundintention des Antrags, bestehende Garagenstandorte einer anderen Nutzung zuzuführen, widerspricht in Teilen den Zielen des von der Landeshauptstadt Potsdam am 04.03.2009 beschlossenen Garagenstandortkonzeptes (DS 08/SVV/1026). Aus diesem Grund müssen die Verpflichtungen aus bestehenden Verträgen bei der gewünschten Prüfung im Detail berücksichtigt werden.



Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Information vor Strukturveränderungen

Drucksache Nr.: 23/SVV/1274

TOP: 7.32

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Gemäß § 61 BbgKVerf regelt der Oberbürgermeister als Hauptverwaltungsbeamter die Aufbau- und Ablauforganisation der Gemeindeverwaltung und die Geschäftsverteilung.

Gemäß § 54 Abs. 2 BbgKVerf hat der Hauptverwaltungsbeamte die Gemeindevertretung beziehungsweise den Hauptausschuss über alle wichtigen Angelegenheiten rechtzeitig zu unterrichten.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

-

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Der Oberbürgermeister informiert bei gegebenem Anlass.

4. Inhaltliche Einordnung

Der Oberbürgermeister informiert den Hauptausschuss unaufgefordert und unverzüglich über geplante oder bereits durchgeführte, wichtige Organisationsveränderungen.

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Einstellung des Planungsverfahrens Uferweg Griebnitzsee

Drucksache Nr.: 23/SVV/1281

TOP: 7.33

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Der Aufstellungsbeschluss des im Beschlussvorschlag benannten Bebauungsplanes Nr. 153 "Karl-Marx-Straße/nördlicher Griebnitzsee" wurde bereits mit Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 05.10.2022 aufgehoben (DS 22/SVV/0691).

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

siehe 1.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

siehe 1.

4. Inhaltliche Einordnung

siehe 1.

28.11.2023

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Bürgerbeteiligung durch Wässerungspatenschaften nach Straßenabschnitt

Drucksache Nr.: 23/SVV/1285

TOP: 7.34

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Im Haushalt sind Eigenmittel für die Förderprogramme zur Umsetzung eines digitalen Baumkatasters eingestellt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Bei Erhalt des Zuwendungsbescheids kann das Projekt bis Ende 2026 umgesetzt werden.

4. Inhaltliche Einordnung

Die Prüfung ist bereits erfolgt. Die Maßnahme ist Teil der beschlossenen Smart-City-Strategie (DS 23/SVV/0822).

27.11.2023

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsereichsleitende/r

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Vernetzung der LHP mit dem Climate Change Center (CCC) Berlin Brandenburg

Drucksache Nr.: 23/SVV/1289

TOP: 7.35

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Leistung.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

keine Aussage möglich

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

keine Aussage möglich

4. Inhaltliche Einordnung

Ein Austausch mit dem Climate Change Center Berlin Brandenburg zum Abgleich der gegenseitigen Vorstellungen und Bedürfnisse ist zu befürworten. Insbesondere die Vorstellungen des CCC zu einem evtl. finanziellen Engagement der LHP sind abzufragen. Die Bereiche 402 und 45/451 sind aus inhaltlicher Sicht in die Gespräche einzubeziehen.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Zeitnahe Beräumung von Baustellen nach Fertigstellung

Drucksache Nr.: 23/SVV/1293

TOP: 7.37

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um behördliches Handeln.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Für die Umsetzung sind keine Haushaltsmittel erforderlich.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

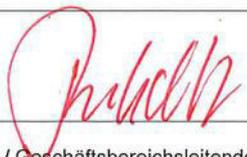
-

4. Inhaltliche Einordnung

Alle diesbezüglichen Maßnahmen laufen bereits und befinden sich in der ständigen Überwachung.

27.11.2023

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.12.2023

Titel des Antrages:

Potsdams Norden fährt mit dem BUS zum Hauptbahnhof!

Drucksache Nr.: 23/SVV/1303

TOP: 7.40

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Im Doppelhaushalt 2023/24 stehen keine Mittel zur Umsetzung zur Verfügung.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

-

4. Inhaltliche Einordnung

Der Sachverhalt wurde u.a. in der Stellungnahme zur Drucksache 17/OBR/0166 erläutert.

28.11.2023

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

**KONSENSLISTE zur Tagesordnung der 45. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung am 06. Dezember 2023**

7 Anträge

7.2	Einrichtung eines Haltestreifens vor der Oberlinschule in Babelsberg <i>Fraktion SPD</i>	23/SVV/1290 überweisen in KUM zusammen mit der Mitteilungsvorlage 23/SVV/1353 (TOP 11.4.1)
7.12	Jahresabschlüsse 2020 und 2021 der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) sowie Entlastung des Oberbürgermeisters <i>Oberbürgermeister, GB1 Finanzen, Investitionen und Controlling</i>	23/SVV/1239 überweisen in RPA, FA, HA
7.23	Entwicklungsmaßnahme Krampnitz: Fortschreibung der Masterplanung – Bereich Klinkerhöfe; Konkretisierung der Entwicklungsziele <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung</i>	23/SVV/1240 überweisen in SBWL, OBR Fahrland
7.24	Bebauungsplan Nr. 141-11 "Entwicklungsbereich Krampnitz - Klinkerhöfe Mitte" Aufstellungsbeschluss <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung</i>	23/SVV/1241 überweisen in SBWL, OBR Fahrland
7.25	Bebauungsplan Nr. 141-5A-2 "Entwicklungsbereich Krampnitz – Stadtplatz Ost", Änderungs- und Aufstellungsbeschluss <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung</i>	23/SVV/1242 überweisen in SBWL, OBR Fahrland
7.27	Straßenbenennung in 14476 Potsdam – Rückbenennung „Schlossweg“ im OT Satzkorn <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur</i>	23/SVV/1246 überweisen in KA, OBR Satzkorn
7.29	Marktordnung der Landeshauptstadt Potsdam vom 01.01.2024 und Entgeltordnung zur Marktordnung der Landeshauptstadt Potsdam vom 01.01.2024 <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur</i>	23/SVV/1261 überweisen in SBWL, FA

7.30	Erstellung eines aktuellen Baumkatasters für die Landeshauptstadt Potsdam <i>Fraktion DIE aNDERE</i>	23/SVV/1266 überweisen in KUM
7.36	Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen <i>Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i>	23/SVV/1291 überweisen in JHA, GSWI
7.37	Zeitnahe Beräumung von Baustellen nach Fertigstellung <i>Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i>	23/SVV/1293 überweisen in OS
7.38	Werbesatzung der Landeshauptstadt Potsdam überarbeiten <i>Fraktion CDU</i>	23/SVV/1296 überweisen in OS, SBWL
7.40	Potsdams Norden fährt mit dem BUS zum Hauptbahnhof! <i>Fraktion Freie Fraktion</i>	23/SVV/1303 überweisen in KUM, OBR Groß Glienicke, OBR Neu Fahrland OBR Fahrland
10	Mitteilungsvorlagen	
10.1	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 3: Energie-Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung bzgl. DS Nummer: 22/SVV/1122 <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur</i>	23/SVV/1213 überweisen in KUM
10.2	Auftrag für das Programm „Potsdam Smart gestalten und verwalten“ <i>Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters</i>	23/SVV/1238 überweisen in PTD
10.3	Barrierefreie öffentliche Toilette im Bereich Filmmuseum/Alter Markt <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur</i>	23/SVV/1255 überweisen in GSWI
10.4	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 10: Radschnellwege-Konzept mit Schnellstrecke Hauptbahnhof / Potsdam-West <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur</i>	23/SVV/1256 überweisen in KUM

10.6	Gemeinsame Baumpflege mit der Bürgerschaft bezüglich DS 22/SVV/1134 <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen</i>	23/SVV/1311 überweisen in KUM, PTD
10.7	Übersicht Digitalisierungsprojekte <i>Oberbürgermeister, Fachbereich E-Government</i>	23/SVV/1260 überweisen in PTD
11	Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister	
11.3.1	Verkehrsbehördliche Überprüfung zur Festsetzung von Geschwindigkeitsbeschränkungen vor Schulen, Kitas, Hort- und Senioreneinrichtungen aktualisieren bzgl. DS Nummer: 23/SVV/0036 <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur</i>	23/SVV/1214 überweisen in B/Sp, KUM
11.4.1	Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Oberlinschule <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung und Sport</i>	23/SVV/1353 überweisen in KUM zusammen mit dem Antrag 23/SVV/1290 (TOP 7.2)
11.6.1	Parkhaus Nähe Campus Jungfernsee öffentlich nutzbar machen <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur</i>	23/SVV/1257 überweisen in KUM
11.9.1	Begrünung und Baumpflanzungen an der Breiten Straße bezüglich DS 23/SVV/0791 <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen</i>	23/SVV/1312 überweisen in KUM, SBWL

Tagesordnungspunkte der 45. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die zurückgestellt, zurückgezogen sowie die Erledigung festgestellt wurde:

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung

- | | | |
|-----|---|---|
| 5.1 | Konzept zur Aufstellung des Stabilisierungsprogrammes für die Haushaltsjahre 2025 ff.
<i>Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters</i> | zurückstellen – fehlen Voten
Ausschuss für Finanzen und
Hauptausschuss |
| | 23/SVV/0866 | |
| 5.4 | Vereinbarung von Prioritäten für den Fachbereich Stadtplanung, hier: Prioritätenfestlegung 2024
<i>Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung</i> | zurückstellen – fehlen Voten
Ausschuss für
Stadtentwicklung, Bauen,
Wirtschaft und Entwicklung
des ländlichen Raumes sowie
Ortsbeiräte Eiche und Golm |
| | 23/SVV/1049 | |

6 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Anträge der Fraktionen / Ortsbeiräte

- | | | |
|-----|--|---|
| 6.1 | Neubenennung der Enver-Pascha-Brücke in Potsdam-Babelsberg
<i>Fraktion CDU</i> | zurückgezogen |
| | 22/SVV/0297 | |
| 6.2 | IT-Krise dauerhaft bewältigen und aufarbeiten
<i>Fraktion CDU</i> | zurückgezogen |
| | 23/SVV/0139 | |
| 6.4 | Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan in Potsdam
<i>Fraktion DIE aNDERE</i> | zurückstellen – fehlen Voten
Ausschüsse für Finanzen und
für Gesundheit, Soziales,
Wohnen und Inklusion |
| | 23/SVV/0177 | |
| 6.5 | Bürgerhaushalt mit eigenem Budget ausstatten
<i>Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i> | zurückgezogen |
| | 23/SVV/0302 | |

6.6	Gebühren für Bewohnerparkausweise <i>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</i> 23/SVV/0518	zurückstellen – fehlt Votum Ausschuss für Finanzen
6.7	Uferweg am Griebnitzsee <i>Fraktion DIE LINKE</i> 23/SVV/0522	zurückstellen – fehlen Voten Hauptausschuss und Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
6.9	Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft <i>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i> 23/SVV/0676	zurückstellen – fehlen Voten Jugendhilfeausschuss und Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
6.11	App des Gesundheitsamtes <i>Fraktion der Freien Demokraten</i> 23/SVV/0705	zurückstellen – fehlt Votum Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
6.15	Inklusionsbeauftragte in städtischen Betrieben <i>Fraktion DIE aNDERE</i> 23/SVV/0940	zurückstellen – fehlt Votum Hauptausschuss
6.19	Zukünftige Gestaltung der Fläche „Steubenplatz“ <i>Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i> 23/SVV/0963	zurückstellen – fehlt Votum Ausschuss für Kultur
6.20	Umfeldverbesserungen im Kirchsteigfeld <i>Fraktion Freie Demokraten</i> 23/SVV/0968	zurückstellen – fehlt Votum Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
6.21	Fahrradsituation Behlertstraße/Ecke Kurfürstenstraße verbessern <i>Fraktion CDU</i> 23/SVV/0970	zurückstellen – fehlt Votum Ausschuss für Ordnung und Sicherheit
6.22	Sperrung Campus Jungfernsee aufheben <i>Fraktion CDU</i> 23/SVV/0971	Erledigung des Antrags wird festgestellt

6.24	<p>Ordnung und Sicherheit an der Sonnenterrasse am Birnenweg <i>Fraktion CDU</i></p> <p>23/SVV/0976</p>	<p>zurückstellen – fehlt Votum Ausschuss für Ordnung und Sicherheit</p>
6.26	<p>Umfrage Mobilitätsverhalten im „ländlichen Raum“ <i>Fraktion CDU</i></p> <p>23/SVV/0978</p>	<p>zurückstellen – fehlt Votum Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung</p>
6.28	<p>Baulückenschließung in der Zeppelinstraße <i>Fraktion Mitten in Potsdam</i></p> <p>23/SVV/1073</p>	<p>zurückstellen – fehlt Votum Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</p>
6.29	<p>Umschichtung städtischer Haushaltsmittel: Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek statt Medienpreis M100 <i>Fraktion DIE aNDERE</i></p> <p>23/SVV/1083</p>	<p>zurückstellen – fehlen Voten Ausschuss für Finanzen und Hauptausschuss</p>
6.31	<p>Leitungsfreie Baumpflanzbereiche <i>Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i></p> <p>23/SVV/1119</p>	<p>zurückstellen – fehlt Votum Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</p>
6.33	<p>Frei- und Grünflächenplanung im Kontext öffentlicher Bauvorhaben <i>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</i></p> <p>23/SVV/1126</p>	<p>zurückstellen – fehlen Voten Ausschüsse für Klima, Umwelt und Mobilität und für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</p>
6.34	<p>Stellungnahmen der Verwaltung zu neuen Anträgen der Personal- und Haushaltslage anpassen <i>Fraktion CDU</i></p> <p>23/SVV/1128</p>	<p>zurückgezogen</p>
6.35	<p>Aktuelle Auswirkungen des Beschlusses DS 21/SVV/0630 Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden <i>Fraktion CDU</i></p> <p>23/SVV/1130</p>	<p>zurückstellen – fehlen Voten Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion sowie Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service</p>
6.37	<p>Mehr Rot - Mehr Fahrradsicherheit <i>Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i></p> <p>23/SVV/1141</p>	<p>zurückstellen – fehlt Votum Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</p>

Stellungnahmen der Ausschüsse und Ortsbeiräte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.12.2023

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung

TOP:

- 5.1 Konzept zur Aufstellung des Stabilisierungsprogrammes für die Haushaltsjahre 2025 ff.
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 23/SVV/0866
- Ausschuss für Finanzen
zurückgestellt
- Hauptausschuss
zurückgestellt
- 5.2 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- 23/SVV/0929
- Ortsbeirat Fahrland
einstimmige Zustimmung
- Ortsbeirat Eiche
einstimmige Zustimmung
- Ausschuss für Ordnung und Sicherheit
Zustimmung
- 5.3 Stellungnahme zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 23/SVV/0931
- Ortsbeirat Groß Glienicke
Zur Kenntnis genommen
- Ortsbeirat Fahrland
Zustimmung 7:1:1
- Ausschuss für Finanzen
Zustimmung 7:1:1
- Ortsbeirat Satzkorn
abgelehnt 0:2:0
- Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
einstimmige Zustimmung
- Ortsbeirat Uetz-Paaren
einstimmig abgelehnt
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
ÄA Fraktion DIE aNDERE vom 23.11.2023 - **abgelehnt**
- Zustimmung der ursprünglichen Fassung

- 5.4 Vereinbarung von Prioritäten für den
Fachbereich Stadtplanung, hier:
Prioritätenfestlegung 2024
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

23/SVV/1049
- Ausschuss für
Stadtentwicklung, Bauen,
Wirtschaft und Entwicklung
des ländlichen Raumes
zurückgestellt
- Ortsbeirat Uetz-Paaren
abgelehnt 0:2:1
- Ortsbeirat Groß Glienicke
zur Kenntnis genommen
- Ortsbeirat Neu Fahrland
zur Kenntnis genommen
- Ortsbeirat Marquardt
zur Kenntnis genommen
- Ortsbeirat Fahrland
einstimmige Zustimmung
- Ortsbeirat Eiche
zurückgestellt
- Ortsbeirat Golm
zurückgestellt
- Ortsbeirat Satzkorn
zur Kenntnis genommen
- Ortsbeirat Grube
zur Kenntnis genommen
- 5.5 Bebauungsplan Nr. 37A "Potsdam-Center", 3.
Änderung, Teilbereich Ehemalige Wagenhalle,
Abwägung und Beschluss zur Beteiligung der
Öffentlichkeit sowie Zustimmung zum
Städtebaulichen Vertrag
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

23/SVV/1050
- Ausschuss für
Stadtentwicklung, Bauen,
Wirtschaft und Entwicklung
des ländlichen Raumes
Zustimmung
- 5.6 Bewerbung der Landeshauptstadt Potsdam auf
den Europapreis
*Oberbürgermeister, Büro des
Oberbürgermeisters*

23/SVV/1058
- Hauptausschuss
Zustimmung 12:0:2
- 5.7 Abfallgebührensatzung 2024
*Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und
Sicherheit*

23/SVV/1103
- Ortsbeirat Uetz-Paaren
zur Kenntnis genommen
- Ausschuss für Ordnung und
Sicherheit
Zustimmung

Ausschuss für Finanzen
Zustimmung

Ortsbeirat Groß Glienicke
zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Neu Fahrland
zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Marquardt
einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Fahrland
Zustimmung 5:0:2

Ortsbeirat Eiche
Zustimmung 7:0:1

Ortsbeirat Golm
zurückgestellt

Ortsbeirat Satzkorn
zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Grube
zur Kenntnis genommen

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Anträge der Fraktionen / Ortsbeiräte

TOP:

- | | | |
|-----|---|--|
| 6.1 | Neubenennung der Enver-Pascha-Brücke in
Potsdam-Babelsberg
<i>Fraktion CDU</i>

22/SVV/0297

+ ÄA Fraktion CDU vom 23.08.2022 | Vom Antragsteller
zurückgezogen |
| 6.2 | IT-Krise dauerhaft bewältigen und aufarbeiten
<i>Fraktion CDU</i>

23/SVV/0139

+ EA Fraktion CDU vom 16.10.2023 -
23/SVV/0139-01
+ EA Fraktion AfD vom 24.10.2023 -
23/SVV/0139-02 | <u>Ausschuss für Partizipation,
Transparenz und
Digitalisierung</u>
zurückgezogen |
| 6.3 | Mitwirkungsgrremium Am Stern
<i>Fraktion DIE LINKE</i>

23/SVV/0141 | <u>Ausschuss für Partizipation,
Transparenz und
Digitalisierung</u>
einstimmige Zustimmung zu
folgender neuen Fassung: |

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass im Stadtteil Am Stern ein stabiles Mitwirkungs-gremium gebildet wird. Damit sollen insbesondere gute Voraussetzungen für eine aktive Mitwirkung der Bewohner Am Stern bei der Erarbeitung und Umsetzung des Rahmenplanes für den Stern gesichert werden. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um die Diskussion über den Rahmenplan als Modellphase für die Bildung eines solchen Gremiums zu nutzen.

Ziel ist es, das Format des Mitwirkungs-gremiums dem Hauptausschuss bis April 2024 vorzulegen. Dieser Vorschlag schließt das Format und den Zeitplan der Legitimierung ein.

		<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> Zustimmung 5:0:2 zur neuen Fassung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung
6.4	Umsetzung des Bundesaufnahme-programms Afghanistan in Potsdam <i>Fraktion DIE aNDERE</i>	<u>Ausschuss für Finanzen</u> zurückgestellt
	23/SVV/0177	<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> zurückgestellt
6.5	Bürgerhaushalt mit eigenem Budget ausstatten <i>Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i>	<u>Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung</u> zurückgezogen
	23/SVV/0302	<u>Ausschuss für Finanzen</u> zurückgezogen
		<u>Hauptausschuss</u> zurückgezogen
6.6	Gebühren für Bewohnerparkausweise <i>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</i>	<u>Ausschuss für Finanzen</u> zurückgestellt
	23/SVV/0518	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u>
	+ <i>ÄA Fraktion AfD vom 05.06.2023</i>	ÄA Fraktion AfD vom 05.06.2023 – abgelehnt
	+ <i>ÄA Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.06.2023</i>	
	+ <i>EA Fraktion CDU vom 21.06.2023</i>	ÄA Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.06.2023 –
	+ <i>NF Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.10.2023</i> 23/SVV/0518-02	Abstimmung entfällt aufgrund der vorliegenden neuen Fassung vom 18.10.2023
		ÄA Fraktion CDU vom 21.06.2023 – abgelehnt

Zustimmung 4:3:0 zu folgender neuen Fassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.10.2023:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bewohnerparkausweisgebührenordnung dergestalt zu überarbeiten, dass die jährliche Gebühr für einen Bewohnerparkausweis auf mindestens €120 festgelegt wird, um wenigstens die Bewirtschaftungskosten eines Stellplatzes in den Gebühren abzubilden. Die Höhe der Bewirtschaftungskosten ist nach weiteren fünf Jahren erneut zu ermitteln.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
Zustimmung 5:0:2 zur neuen Fassung des Ausschusses Klima, Umwelt und Mobilität

6.7 Uferweg am Griebnitzsee
Fraktion DIE LINKE

Hauptausschuss
zurückgestellt

23/SVV/0522

Ausschuss für Finanzen
Zustimmung 5:2:1 zu folgender neuen Fassung:

**Diejenigen Mittel, die nicht für die GU Nedlitzer Holz benötigt werden, sind den Mitteln zur Umsetzung des Uferwegs am Griebnitzsee zurückzuführen.
Die Zusicherung in Anlage 3 zum Beschluss 23/SVV/0396 wird bekräftigt, wonach mit Bekanntmachung der B-Plan-Satzung die bisher geplanten Mittel mit der Bezeichnung „Erwerb von Grundstücken im Bereich Grünflächen / BP 125 Uferzone Griebnitzsee“ sowie „Herstellung Uferweg/-park Griebnitzsee“ zurückzuführen sind.**

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes
zurückgestellt

6.8 Öffentliche Grillplätze schaffen
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam, Fraktion SPD

Ausschuss für Ordnung und Sicherheit
Zustimmung 4:0:4 mit folgender Änderung:

23/SVV/0673

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, Plätze an öffentlichen Orten zu definieren, an denen feste Grillmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden können.
Das Ergebnis der Untersuchung ist der ~~Stadtverordnetenversammlung im November 2023~~ **den Ausschüssen für Ordnung und Sicherheit und für Klima, Umwelt und Mobilität im Mai 2024** vorzulegen.

6.9	Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft <i>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i>	<u>Jugendhilfeausschuss</u> zurückgestellt
	23/SVV/0676	<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> zurückgestellt
6.10	Parkausweis für Bewohner im ländlichen Raum <i>Fraktion CDU</i>	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> ÄA Fraktion AfD vom 04.09.2023 – abgelehnt
	23/SVV/0690 + ÄA Fraktion AfD vom 04.09.2023	ungeänderte Gesamtvorlage abgelehnt 4:4:0
6.11	App des Gesundheitsamtes <i>Fraktion der Freien Demokraten</i>	<u>Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung</u> abgelehnt 0:2:2
	23/SVV/0705	<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> zurückgestellt
6.12	Moratorium Garagenstandorte <i>Fraktion DIE LINKE</i>	<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> Zustimmung 5:0:3 zu folgender neuen Fassung:
	23/SVV/0809	

Angesichts der Unsicherheit im Umgang mit Garagenstandorten in Potsdam wird der Oberbürgermeister beauftragt, das Garagenstandortkonzept von 2015 fortzuschreiben. Das Ergebnis ist bis Ende 2027 der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Es ist zu prüfen, welche dieser Standorte unter welchen Voraussetzungen einen Dauerstatus erhalten können und wie durch die Erarbeitung von Parkkonzepten einschließlich des Baus von Quartiersgaragen eine weitere Verschärfung der Parksituation vermieden werden kann.

Die Garagenvereine sind in die Erarbeitung einzubeziehen.

In Verbindung damit wird bis zum Beschluss des Garagenstandortkonzepts ein Moratorium für die Garagenstandorte ausgesprochen.

Alternativ zu Gesamtbetrachtung können auch in anderen Planverfahren (z.B. Städtebauliche Rahmenplanung) Garagenstandorte untersucht werden. Dabei können Konzepte für den Erhalt, die Umnutzung und den Umgang mit dem ruhenden Verkehr erarbeitet werden und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden.

Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service
Zustimmung der ursprünglichen Fassung

- | | | |
|---|--|---|
| 6.13 | Geschichte im Straßenland erlebbar machen – Herero und Nama Allee
<i>Fraktion Freie Fraktion</i> | <u>Ausschuss für Kultur</u>
abgelehnt |
| | 23/SVV/0853 | |
| 6.14 | Parkraumbewirtschaftung am Potsdamer Wochenmarkt verbessern
<i>Fraktion CDU</i> | <u>Ausschuss für Kultur</u>
abgelehnt |
| | 23/SVV/0859 | |
| 6.15 | Inklusionsbeauftragte in städtischen Betrieben
<i>Fraktion DIE aNDERE</i> | <u>Hauptausschuss</u>
zurückgestellt |
| | 23/SVV/0940 | |
| 6.16 | Aufwendungen der Landeshauptstadt Potsdam zum Vorteil der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten
<i>Fraktion DIE aNDERE</i> | <u>Ausschuss für Finanzen</u>
abgelehnt 2:5:2 |
| | 23/SVV/0950 | <u>Hauptausschuss</u>
abgelehnt 5:7:2 |
| 6.17 | Belegungsgebundene Wohnungen im Kirchsteigfeld
<i>Fraktion DIE LINKE</i> | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u>
Erledigung wird festgestellt |
| | 23/SVV/0954 | <u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u>
Zustimmung 5:0:1 zu folgender neuen Fassung: |
| <p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Änderung des Bebauungsplanes Nr.18 in Verhandlungen darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der regelhaften Anwendung des Potsdamer Baulandmodells möglichst viele Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen entstehen.</p> <p>Zielgröße ist ein Anteil von 30% der Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung.</p> | | |
| 6.18 | Ausrüstung aller öffentlichen Gebäude mit Fenstern, die sich öffnen lassen
<i>Fraktion DIE LINKE</i> | <u>Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service</u>
abgelehnt |
| | 23/SVV/0961 | |
| 6.19 | Zukünftige Gestaltung der Fläche „Steubenplatz“
<i>Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i> | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u>
Zustimmung 5:0:3 |
| | 23/SVV/0963 | |

		<u>Ausschuss für Kultur</u> zurückgestellt
6.20	Umfeldverbesserungen im Kirchsteigfeld <i>Fraktion Freie Demokraten</i> 23/SVV/0968	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> Erledigung wird festgestellt
		<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> zurückgestellt
6.21	Fahrradsituation Behlertstraße/Ecke Kurfürstenstraße verbessern <i>Fraktion CDU</i> 23/SVV/0970	<u>Ausschuss für Ordnung und Sicherheit</u> zurückgestellt
6.22	Sperrung Campus Jungfernsee aufheben <i>Fraktion CDU</i> 23/SVV/0971	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> Erledigung wird festgestellt
6.23	Entschärfung der Gefahrensituationen in der Dorothea-Schneider-Straße <i>Fraktion Freie Demokraten</i> 23/SVV/0972	<u>Ausschuss für Ordnung und Sicherheit</u> Zustimmung 6:0:2 zu folgender neuen Fassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die teils gefährlichen Verkehrssituationen in der Dorothea-Schneider-Str. entschärft werden können. Im 1. Quartal 2024 soll im Ausschuss für Ordnung und Sicherheit berichtet werden.

6.24	Ordnung und Sicherheit an der Sonnenterrasse am Birnenweg <i>Fraktion CDU</i> 23/SVV/0976	<u>Ausschuss für Ordnung und Sicherheit</u> zurückgestellt
6.25	Bürgerbeteiligung/-information am Kirchsteigfeld <i>Fraktion CDU</i> 23/SVV/0977	<u>Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung</u> einstimmige Zustimmung mit folgender Ergänzung und Terminanpassung:

Die Ergebnisse sind im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums vorzustellen und ggf. bei laufenden Planungen zu berücksichtigen. **Die im 4. Quartal 2023 geplante Informationsveranstaltung der Verwaltung wird das Beteiligungs- und informationsmanagement den Bürgerinnen und Bürgern vorstellen.** Dem Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung ist ~~erstmalig im vierten Quartal 2023 und danach quartalsweise~~ **jährlich** zu berichten.

6.26	Umfrage Mobilitätsverhalten im „ländlichen Raum“ <i>Fraktion CDU</i> 23/SVV/0978	<u>Ortsbeirat Grube</u> einstimmige Zustimmung <u>Ortsbeirat Uetz-Paaren</u> Zustimmung 1:0:2 <u>Ortsbeirat Groß Glienicke</u> Zustimmung 6:0:1 <u>Ortsbeirat Marquardt</u> einstimmige Zustimmung <u>Ortsbeirat Neu Fahrland</u> einstimmige Zustimmung <u>Ortsbeirat Fahrland</u> Zustimmung 7:0:1 <u>Ortsbeirat Eiche</u> einstimmige Zustimmung <u>Ortsbeirat Golm</u> Zustimmung 1:0:5 <u>Ortsbeirat Satzkorn</u> Zustimmung 1:0:1 <u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> abgelehnt 2:3:1 <u>Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung</u> zurückgestellt
6.27	Prüfung Radverkehrsanlagen - Sicherheitsräume zu Parkstreifen bzw. Seitenstreifen <i>Fraktion DIE aNDERE</i> 23/SVV/1046	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> Zustimmung
6.28	Baulückenschließung in der Zeppelinstraße <i>Fraktion Mitten in Potsdam</i> 23/SVV/1073	<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> zurückgestellt
6.29	Umschichtung städtischer Haushaltsmittel: Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek statt Medienpreis M100 <i>Fraktion DIE aNDERE</i> 23/SVV/1083	<u>Ausschuss für Bildung und Sport</u> abgelehnt 1:4:2 <u>Ausschuss für Finanzen</u> zurückgestellt

		<u>Hauptausschuss</u> zurückgestellt
6.30	Petitionen an die Stadtverwaltung <i>Fraktion DIE LINKE</i> 23/SVV/1096	<u>Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung</u> Zustimmung
6.31	Leitungsfreie Baumpflanzbereiche <i>Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i> 23/SVV/1119	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> zurückgestellt <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> Zustimmung 6:0:1 mit folgender Änderung:
<p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass bei allen Bauarbeiten darauf geachtet wird, dass zu prüfen, wie vertragliche Regelungen mit Medienträgern geschlossen werden können, sodass die Pflanzstreifen für Bäume von Leitungen frei werden bzw. bleiben.</p> <p>Den Ausschüssen für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes und für Klima, Umwelt und Mobilität ist im 1. Quartal 2024 über die Umsetzung zu berichten.</p>		
6.32	Sturzsicherheit an Straßenbahnhaltstellen <i>Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i> 23/SVV/1122	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> Zustimmung 6:1:1
6.33	Frei- und Grünflächenplanung im Kontext öffentlicher Bauvorhaben <i>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</i> 23/SVV/1126	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> zurückgestellt <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> zurückgestellt
		<u>Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service</u> Zustimmung
6.34	Stellungnahmen der Verwaltung zu neuen Anträgen der Personal- und Haushaltslage anpassen <i>Fraktion CDU</i> 23/SVV/1128	<u>Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung</u> Erledigung wird festgestellt <u>Ausschuss für Finanzen</u> Erledigung wird festgestellt

		<u>Hauptausschuss</u> Erledigung wird festgestellt
6.35	Aktuelle Auswirkungen des Beschlusses DS 21/SVV/0630 Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden <i>Fraktion CDU</i>	<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> zurückgestellt
	23/SVV/1130	<u>Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service</u> zurückgestellt
6.36	Rekommunalisierung der Schulreinigung <i>Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i>	<u>Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service</u> abgelehnt
	23/SVV/1140	
6.37	Mehr Rot - Mehr Fahrradsicherheit <i>Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i>	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> zurückgestellt
	23/SVV/1141	

Vorab beraten:

7.1	Benutzungs- und Gebührensatzung Unterbringung <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration</i>	<u>Ausschuss für Finanzen</u> zur Kenntnis genommen
	23/SVV/1232	<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> Zustimmung